

Entschließungsantrag

der Bundesräte Prof. Konecny

und GenossInnen

betreffend Empfehlungen des internationalen wissenschaftlichen Komitees zum Institute of Science and Technology – Austria (ISTA)

eingbracht im Zuge der Debatte zum TOP 7

Der ehemalige Präsident des Weizmann Institutes, Prof. Haim Harari, betont in seiner schriftlichen Äußerung vom 1. Mai 2006 gegenüber dem Bundesrat zum Beschluss des Nationalrates vom 29. März 2006 betreffend ein Bundesgesetz über das Institute of Science and Technology - Austria, dass er „sicher sei, dass es wie in jeder lebenden Organisation der Fall ist, in einigen Jahren, wenn das ISTA auf einem konstanten normalen Niveau arbeitet, notwendig sein kann, auf Basis der zu diesen Zeitpunkt gesammelten Erfahrungen, einige Änderungen in das Gesetz einzuarbeiten sind.“

Weiters führt er aus, „dass die Kommentare zum Gesetz nur in seinem eigenen Namen vorgelegt wurden und von „unserem Komitee“ aufgrund des starken Zeitdrucks durch den Zeitplan des Nationalrates überhaupt nicht diskutiert wurden. Dieser Zeitplan wurde lange vor der Bestellung unseres Komitees und der Auswahl seiner Mitglieder festgelegt. Nichts desto trotz haben meine Kollegen im internationalen Komitee nach diesem Sachverhalt meine Vorschläge unterstützt und zwischen uns gibt es keine großen Meinungsunterschiede in dieser Angelegenheit.“

Die unterzeichneten Bundesräte richten daher an die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur folgenden

Entschließungsantrag

Der Bundesrat wolle beschließen:

Entschließung

„Die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert,

1. den Empfehlungen des internationalen wissenschaftlichen Komitees in vollem Umfang Rechnung zu tragen und raschest umzusetzen sowie insbesondere unverzüglich Forschungsschwerpunkte für das ISTA festzulegen;
2. erforderlichenfalls entsprechende Entwürfe zur Novelle des Bundesgesetzes über das Institute of Science and Technology – Austria dem Nationalrat vorzulegen und darüber hinaus Mechanismen zu entwickeln, wie die im Gesetz vorgesehene ‚ständige‘ Parität von WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen zu operationalisieren ist;
3. auf das Land Niederösterreich einzuwirken, am Standort Klosterneuburg/Maria Gugging Flächen zur Errichtung von ‚spin offs‘ sicherzustellen sowie
4. dem Bundesrat bis 1. Juli 2006 einen Bericht über die nach den Punkten 1 bis 3 getroffenen Maßnahmen vorzulegen.“





